

dass ein grundlegender Beschluss nicht zu stände kam. In Zukunft soll nur bei jeder einzelnen Petition vom Be richterstatter erklärt werden, ob sie den behördlichen Instanzenweg bereits durchlaufen habe oder nicht. Wohl das in der Praxis steht, zeigte sich gleich bei Behandlung der Petition der Bureauausschüsse und Werkmeister der Reichsstrudel. Sie wurde, weil noch kein endgültiger Bescheid der Behörden vorlag, nur als Materiel überwiesen. Allerdings hat man sich vorbehalten, nach Veröffentlichung der in Vorbereitung befindlichen Novelle zur Verordnung noch einmal auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Diese vom Reichskanzler vorzeitig und ganz unbestimmt angekündigte Novelle ist aber in der Tat die Ursache der diesjährigen Ausschweilung der Zahl der Beamtenpetitionen. Es ist menschlich ganz begreiflich, dass alle Beamtenorganisationen ohne Unterschied auf die Ankündigung einer teilweisen Besoldungsreform einen Wettlauf mit Eingaben beginnen, worin sie sich zu beweisen bemühen, dass gerade ihre Kategorie am meisten von allen einer Aufbesserung dringend bedürftig sei. Niemand will etwas veräumen, Klagen habe alle. So steht es jeden Vorstand eines Beamtenvereins als seine Pflicht an, möglichst überzeugend und möglichst eingehend die besonderen Wünsche seiner Kameraden beim Reichstag anzumelden. Wäre die Nachricht von der geplanten Verbesserung der Beamtengehälter nicht so frühzeitig hinausgegeben worden, oder hätte sie gleich die paar Kategorien namhaft gemacht, die diesmal allein Berücksichtigung finden sollen, so wäre bei der tatsächlichen Genügsamkeit des deutschen Beamtenstandes der jetzt bestag's Petitionssturm nicht entstanden. Geschahene Dinge sind indessen nicht zu ändern, und mit der Tatsache weitgehender Erregung in Beamtenkreisen muss nunmehr gerechnet werden. Aber man sollt sich hüten, aus der diesjährigen Ausnahmeerscheinung Beschlüsse herzuleiten, die das Beamtenrecht auf Eingaben an die Volksvertretung und das Vorrecht der Parlamente auf Entgegnung von Beamtenwünschen und freie Entscheidung ihrer Behandlung einschränken. Alle in dieser Richtung bedenklichen Vorderungsvorschläge müssen grundlegend abgelehnt werden.

Bedeutungsvolle Reichstagsdebatten.

(Von unserem Berliner  Mitarbeiter.)

Heute beginnt der Reichstag die neuen Interpellationsdebatten über Faber. Die Gerichte, die noch gestern behaupteten, mit Rücksicht auf Kaisers Geburtstag sollten die Verhandlungen auf das Ende der nächsten Woche verschoben werden, haben sich nicht bewahrt. In Wirklichkeit ist auch nicht einzusehen, weshalb die zahlreichen Kaisergeburtstage der nächsten Tage eine Verschiebung der Interpellationsdebatten im Reichstag erforderlich machen sollten. Eher wäre im Gegenteil zu wünschen, dass vor jenen Feiern die parlamentarische Behandlung der Zoberraffäne endgültig abgetan wäre. Das wird nun freilich nicht erreicht werden. Denn selbst wenn die Begründungen, Beantwortungen und Verteilungen der beiden Interpellationen heute und morgen erledigt werden könnten — der früher angefechtete Beginn der beiden Sitzungen beweist den guten Willen der Parteien in dieser Richtung — würde doch die Behandlung des außerdem noch vorliegenden fortgeschrittenen Initiativantrages eine dreimalige Verlung notwendig machen, die unter Umständen immer wieder die peinlichen Vorfälle der letzten Monate ausleben lassen kann. Dass der fortgeschrittene Initiativantrag überhaupt auf die Tagessitzung der heutigen Sitzung kommen könnte, hat zunächst einen Widerspruch bei der Rechten des Reichstages erzeugt. Man nahm an, dass nur die zu Beginn der Session von den Parteien bereits eingebrochenen Anträge, und auch sie nur an den sogenannten Schwerpunkten zur Verhandlung im Plenum gebraucht werden könnten. In der Bespre-

chung der Senioren wurde indessen festgestellt, dass eine zehnjährige Praxis des Hauses gestattet, unter Zustimmung der Mehrheit zu jeder Zeit jeden Antrag auf die Tagesordnung zu legen. Als vor Jahren in der Geschäftssitzungskommission des Reichstages der Versuch gemacht wurde, so genannte Dringlichkeitsanträge einzuführen, wurde dieser Versuch von allen Parteien einstimmig bekämpft mit der Begründung, dass ohnedies jederzeit per majora jeder Antrag beraten werden könne. So haben auch diesmal die Senioren ohne Widerspruch den fortgeschrittenen Initiativantrag über die reichsgerichtliche Regelung des militärischen Waffengebrauchs als zweiten Punkt auf die Tagesordnung legen lassen. Uebrigens wird ich an ihn keine eingehende Befreiung antknüpfen. Dass er mit großer Mehrheit an einer Sonderkommission zur weiteren Bearbeitung verwiesen werden wird, steht fest. Vielleicht werden die äuferste Linken und die äuferste Rechte Gelegenheit nehmen, ihren grundlegenden Standpunkt zur reichsgerichtlichen Abgrenzung der Befreiungen von Militär- und Zivilbehörden darzulegen; aber die übrigen Parteien sind, wie wir hören, einstweilen entschlossen, auf das Wort zu verzichten, nachdem in der vorausgegangenen Interpellationsdebatte genügend Gelegenheit gegeben war, auf diesen Punkt einzugehen.

So werden also heute zunächst der Sozialdemokrat Dr. Frank und der Fortschritter Professor v. Lisszschewski, um die Interpellationen ihrer Fraktionen zu begründen. Dann wird der Reichskanzler persönlich und vielleicht auch der Kriegsminister antworten und davon schließen sich dann der Reichen der Fraktionsredner. Als erster unter ihnen wird wieder der Abg. Geh. Rathenbach vom Zentrum auftreten, der auch am 8. Dezember unmittelbar hinter dem Regierungsbüro stand, das Wort erhielt. Wie verlautet, will er namens seiner Partei erklären, dass er trotz aller bisher erfolgten Angriffe nichts von den zu erfüllenden habe, was er damals erklärt habe. Jedenfalls bezeugt das Zentrum schon in der Auswahl gerade die Redners, dass es Wert darauf legt, seine Delegationspolitischer in der Zoberraffäne nicht verwischen zu lassen. Nach Abschluss der Interpellationsdebatten wird sich der Reichstag wieder der Befreiung des Staats des Reichsamt des Innern zuwenden, die schon seit Sonnabend voriger Woche daheim beschäftigt. Je länger sie andauert, um so weniger Aufregung zeitigt sie. Als Abschluss dieser Beratungen ist eine eigene Reichsvereinssdebatte vorgesehen, die auf alle die Klagen über ungerechte Handhabung des Eins- und Versammlungsrechts eingesen soll, insbesondere auch auf die verschiedenen Versammlungsverbote in Nord-Schleswig und auf das Vereinsverbot des Polizeipräsidenten von Berlin gegenüber den Berliner Schuleuten.

Politische Tageschau.

Nr. 28. Januar.

* **Bundesrat und Gesetzentwurf.** Authentischem Vernehmen zufolge ist am 14. Januar der Reichstag beschlossen auf Auflösung des Gesetzentwurfs dem zuständigen Ausschuss des Bundesrates zugestellt worden. Der Bundesrat wird in der ersten Februar-

* **Weiterausbau der deutschen Militärmission.** Dem preußischen Oberstleutnant Freiherrn von Sodenstern, Kommandeur des 3. Bataillons des in Uroffen stehenden Infanterieregiments Nr. 83, ist die Anfrage zugegangen, ob er auf die Dauer von mehreren Jahren in türkische Dienste treten wolle. Der Offizier hat in zustimmendem Sinne geantwortet.

* **Die enthaltenen Multimillionäre.** Im Hinblick auf den Wehrbeitrag hat sich herausgestellt, dass unzählige Millionenvermögen bisher zu ihrem größten Teile unbesteuert geblieben waren. Auf diese Weise wurde dem Staatsdasein Hunderttausende entzogen. Im Gegenzug zu diesen großen Vermögen sollen die Vermögen der Kreise, die nur etwa 50—100 000 Mark Einkommen ha-

ahrene Kölle dem Verhöhnten dienten, malen. Und zog ihm dafür einige die Stütze unter die Augen und an der Stelle der Jochbeinknochen. Nun ist es eine Masse natürlich.

Nicht nur in der Welt des Scheins, sondern auch in des Seins verwendet das männliche Geschlecht zuweilen Schminke. Als die deutschen Kanonen um Sedan und Verdronken spien, sah der ungückliche Kaiser Napoleon III. Frank und müde in einem Zimmer des Stadthauses der belagerten Festung. Das schreckliche, netzähnliche Gesicht, die halberloschenen Augen verrückt deutlich, wie sehr der Monarch so verlich lit. Trotz der Vorstellungen seiner Offiziere bestand der Kaiser schließlich darauf, zu den kämpfenden Truppen hinzureiten, um ihnen Mut zuzusprechen. Während die Pferde gesattelt wurden, mache Napoleon Toilette, d. h. er wusch sich den Hirn um die Mundwinkel herabhängenden Schnurrbart klett und belegte sich die sahnen Wangen mit einem blühenden Rot. Eine Viertelstunde später umprasselten den frisch auschauenden Monarchen die Augen der Preußen und Bayern. Dass die Schminke nur mit Voricht und nicht zu oft gebraucht werden darf, lehrt die Erfahrung. Die meisten Posten bestehen aus mineralischen Substanzen (häufig Metalloxyden), die mehr oder minder giftig sind. Weniger nachhaltig scheinen die weißen Schminken zu sein, die der Fabrikant aus den Pflanzenstoffen gewinnt. Metallische Präparate schädigen ausnahmslos, also: fort mit dem beliebten Dinnobor (Schwefelsilber)! Man weiß, wie schnell die orientalischen Frauen ihre Schönheit verlieren; davon ist auch Schuld, dass sie in geradezu unverständiger Weise ihre Haut salben und färben; schmunda heißt die verhängnisvolle Mischung, welche die Türkinnen und Araberinnen nicht entdecken zu können glauben. Vernunftsgemäß gegen das übertriebene Schminken ins Feld zu führen, nicht eben schwer im Morgens wie im Abendslande, denn die hohe Weiblichkeit lässt sich darin nun einmal nicht beeinflussen, und was die Frau will, das will auch Gott, wie der Franzose sehr richtig sagt.

L. Seegerath.

ben, hinter den Annahmen der Steuerbehörden zurückbleiben.

* **Der Außenhandel von Deutsch-Ostafrika hat nach vorläufiger Feststellung trotz der Rauchschwierigkeit im Kalenderjahr 1913 um fast sieben Millionen Mark zu genommen. Davon entfallen vier Millionen auf die Ausfuhr, obwohl der Wert der Rauchschwierigkeit um 1½ Millionen hinter dem Vorjahr zurückgeblieben ist. Der Gesamthandel beträgt rund 88½ Millionen (1908 betrug er 86,6, 1909: 47, 1910: 59,4, 1911: 88,8 und 1912: 81,7 Millionen Mark).**

* **Die französischen Kammerwahlen.** Es heißt, dass die Regierung die Übersicht hat, die allgemeinen Kammerwahlen möglichst bald, wahrscheinlich schon im Monat April, zu veranstalten. Der Kriegsminister hat bereits versucht, dass die Reserveisten wegen der Kammerwahlen in der Zeit vom 12. April bis zum 22. Mai zu keinen Waffenübungen einberufen werden sollen.

* **Umwägung in Munden.** Wie aus Munden gemeldet wird, hält man dort den Ausbruch einer neuen Revolution für sicher und glaubt sogar, dass die Umwälzung überraschend schnell eintreten könnte. Aus Furcht hiervor liegt der Handel in der Mandshurei brach. Mit dem Auslande werden keine Abschlüsse mehr getroffen und im Innenhandel wurde der Kredit auf ein Minimum eingeschränkt.

* **Der Aufstand auf Haiti.** Die Austrändischen haben ein Komitee gebildet, das für die Aufrechterhaltung der Ordnung Sorge tragen soll. Ein amerikanisches Kreuzschiff wird jeden Augenblick erwartet. Der Dogen des diplomatischen Korps, der vom Präsidenten empfangen wurde, erhielt die Sicherstellung, dass alle Maßnahmen getroffen werden würden, um die öffentliche Sicherheit von Port au Prince aufrechtzuerhalten.

Aus den Parlamenten.

Deutscher Reichstag.

* Die polnischen Arbeiter halten bekanntlich großen Zorn nicht vom sozialistischen Internationalismus. Weil ihnen die deutschen Genossen noch viel zu deutsch-national und staatsstreu sind, haben sie eigene polnische Gewerkschaften organisiert. Und nun stellt sich der Abgeordnete Nowicki gestern im Reichstag, als Vizepräsident Dr. Paasche die vierte Fortsetzung der Beratung des Staats des Innern veröffentlicht hatte, hin und jammert darüber, dass die Behörden, auch die Justiz, die polnischen Gewerkschaften als politische Vereine behandeln. Ein nicht minder naives Gemüth ist der Elsässer Dr. Haegey. Er erblickt in der Unzufriedenheit der Bevölkerung Elsaß-Lothringens ein Gesellschaftsobjekt. Ihre Stimmung würde besser werden, wenn man ihr in wirtschaftspolitischer Beziehung besondere Vergünstigungen verschaffe. Der Präsident der Reichsbank hat ebenfalls in seinem Veranlassung, die Diskontopolitik der Reichsbank zu verteidigen. Der Ballonkugel habe den hohen Diskont notwendig gemacht. Nicht länger als unbedingt nötig solle daran festgehalten werden. Der Abgeordnete Dr. Werner-Gieben klagt über mangelhaftes Interesse der Regierenden an dem Kampf des Mittelstandes gegen "Kunstkenntnis und Pfuscherium". Es ist ihm schon ein merkwürdiger Unfug, dass das Berliner Rathaus das im Fisch von Juden sei, zur Weihnachtszeit einen großen Weihnachtsbaum in der Auslage aussiebt und dass überhaupt Weihnachtsgeschenke in jüdischen Geschäften gekauft würden, obwohl von hohen Personen. Es folgt nun eine große Bedeutungssrede des sozialdemokratischen Reichstagsamts Dr. eine für das Koalitionsrecht. Das Gesetz nach Einschränkung des Koalitionsrechts sei nichts weiter als eine Fehlere. Es lasse sich ebenso gut ohne neue Gesetze gegen das Koalitionsrecht austrommen, wie ohne das Zuchthaus des Seine seit vernünftigerweise in den Papierkorb geworfen werden sei. Die Streitpunktsfragen nahmen war zu, aber sie verringerten sich in dem Maße, wie die Organisationen erstaerten. Wenn die Regierung dazu etwas beitragen mösste, so fesse sie die Volksbildung leben und e Gewerkschaften in ihnen Bestrebungen nicht fördern, sich der proletarischen Schulentsassen Jugend anzunehmen. Von dem Verteidiger wird mehr und mehr ein Anklage- eine wettert bald gegen die Bevölkerung, die berufsschädigen Streitbreite los, die von den Behörden in jeder Weise geschlägt und begünstigt würden. Als Redner der Justiz Par einnahm gegen die Arbeiter in Streikfällen vorwirkt, holt er sich eine Zurechtweisung des Vizepräsidenten. Es folgt noch eine kurze Debatte über die Festlegung der Tagesordnung für die nächste Sitzung am heutigen Freitag, die der Faber an die Gelegenheit hauptsächlich gewidmet ist. Graf Westarp beantragt, die Anträge der Elsässer abzustimmen; das wird aber gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt.

Sächsischer Landtag.

Erste Kammer.

* Die Gründung einer Landbank aus den Überflüssen der Lotteriedarlehnstrasse regte in der Donnerstagsitzung der Ersten Kammer Exzellenz Dr. Mehnert an. Ähnliche Einrichtungen beständen schon in anderen Bundesstaaten, z. B. in Bayern, und hätten sich namentlich in Krisenzeiten sehr gut bewährt. Staatsminister v. Seydelwitz sagte eine wohlwollende Prüfung der Anregung zu. Die nächste Sitzung der Ersten Kammer findet am 5. Februar statt.

Zweite Kammer.

* In der Sitzung der Zweiten Kammer am gestrigen Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, waren am Regierungsrat, Kultusminister Dr. Beck und Kommissare. Auf der Tagesordnung: Allgemeine Vorberatung des Regierungsentwurfs über ein Fahrabgeldungsgesetz. Staatsminister Dr. Beck begründet die Vorlage: es handele sich nicht um eine allgemeine Gehaltsauflösung der Geistlichen, sondern um Beseitigung von Härten und Ungleichheiten. Da der Entwurf schon früher von der Gesetzesabteilung zur Annahme empfohlen worden sei, hoffte die Regierung, dass er jetzt Annahme finde. Dr. Mangler (kons.) empfiehlt das Gesetz zur Annahme. Eine starke finanzielle Belastung des Staates sei nicht zu erwarten. Ob die staatliche

Drohungen, dem zauberhaften Weibe das Rezept für die wirksamen Pasten abzuringen. — Dass die Damen Schmerzen willig ertragen, wenn es galt, die Schönheit zu fördern, beweist ein Experiment, dem sich viele Edelfrauen am Hofe König Karls I. von England unterzogen. Die Ergebnisse von Newcastle hatte nämlich empfohlen, die Oberhaut mit Bitriolöl zu zerstören, damit sich an deren Stelle eine neue, feinere bilde. Verschiedene Damen schienen indessen das gefährliche Öl nicht genügend verdünnt zu haben, wenigstens muhte sich eine große Anzahl von ihnen in ärztliche Behandlung begeben, da die angegriffene Haut bei der geringsten Berührung zerriss und hierdurch das Blutstoffsleim in behorgniserregender Weise bloßgelegt wurde.

Und in Deutschland ging es nicht anders zu, vermeldet Philander von Sittewald in seinem Venusnarren. So spricht er von einer Jungfrau, die ohne Unterlass sich die Baden mit einer roten, lädernen Weste anstrich, dies war eine Burgerstochter. Und obgleich, hohem Geschlecht und Stammes, das Kleid, Kreide und Spanisches Wachs ab, um ein blutiges Angesicht zu erzielen, das wiederum mit blutigem Purpurglanz aufgeleuchtet wurde. Schließlich musste das Schminken wohl gar überhand genommen haben, denn verschiedene Landeskünsten ordneten an, dass Jungfrauen, die mit Hilfe von blutigen Jäckchen, falschen Haaren, gepolsterten Hüften, Hodenhüften, Schminken und Säcken die Männer zur Eingabe einer Heirat verloren, nach dem Gesetze als Zauberinnen verurteilt werden sollten. Für gewisse Zwecke ist die Schminke fraglos unentbehrlich. Eine berühmte Schauspielerin verlor einmal mit unbemaltem Gesicht zu spielen. Der Erfolg war überraschend. Jedermann stellte die gescheite Künsterin für stark, so blau und grau erschien ihr Antlitz bei dem Kampflicht. Dehreit ist ein anderes Beispiel. Ein Mime, der auf der Bühne einen Kreis darzustellen hatte, zeichnete sich vorher mit großer Geduld unzählige Hälften und Rungeln mit dem Farbstift um die Augen. Als er auftrat, lachten die Zuschauer unendlich, und vom Olimp erscholl die neugierige Frage, ob der Schauspieler N. N. sich vielleicht zu waschen vergessen hätte. In der nächsten Pause wischte ein et-